

Ausbildungskommission 17.11.2017

Vorsitz: Johannes Mateyka
Studentische Mitglieder: Pannewitz, Murzin, Schiekiera, Köhler
Professorale Mitglieder: Bester, Kleinaltenkamp
Sonstige Mitglieder: Brüggemann
Weitere Anwesende: Gott, Willeke, Drobbe

Top 1: Protokoll
Keine Anmerkungen

Top 2: Reform VWL
Professor Bester stellt die finale Fassung der Studien- und Prüfungsordnung VWL vor. Konkrete Änderungen sind u.a. in § 7 Aufbau und Gliederung; Umfang der Leistungen: neues Pflichtmodul „Staat & Allokation“ wird eingeführt. Die Grundidee ist die Präsenz der VWL zu stärken. Des Weiteren wurde Management, Externe Unternehmensrechnung und Öffentliches Recht als Pflichtmodule gestrichen und in die Vertiefungsphase geschoben. Dadurch erhöht sich die Spezialisierungsphase.

Der Studienverlaufsplan wurde geändert. Änderungen: Grundlagen der Makroökonomie kommt ins 1. Semester, Staat und Allokation wird verpflichtend im 3. Semester vorgesehen. Dadurch gibt es mehr Vertiefungsmöglichkeiten zum Anfang des Studiums. Alle Module werden auf Deutsch/ Englisch als Unterrichtssprache überführt.

Die Bearbeitungszeit für die Bachelorarbeit beträgt 12 Wochen.

Die Streichpunkteregelung (der Abschluss nach 6 Semestern ermöglicht es zwei Module unbenotet zu lassen- ein Anreiz das Studium schnellstmöglich zu beenden) wurde eingeführt.

Herr Schiekierka erfragt, ob andere BWL Vertiefungsmöglichkeiten insbesondere Marketing und Wirtschaftsinformatik angedacht wurden. Herr Bester erklärt, dass sowohl personale, als auch infrastrukturelle Kapazitäten nicht vorhanden sein. Es bleibt unklar, ob der neue PC-Pool dieses Problem lösen könnte oder nicht. Jedoch sollte die neue Studienordnung die VWL stärken und die BWL aus dem VWL- Studium kürzen. Daher lehnt Prof. Bester diesen Vorschlag ab.

Herr Mateyka erfragt, ob Forschungsseminare verpflichtend einzuführen auch für die VWL in Frage käme. Herr Bester antwortet, dass es bedacht wurde, jedoch nicht eingeführt werden soll, weil die Kapazitäten fehlen.

Herr Schiekiera fragt, ob mehr Seminare in Zukunft angeboten werden. Herr Bester meint das war durchaus auch angedacht aber verweist auf den Druck den die Studierende auf die Professor*innen ausüben könnten.

Herr Pannewitz erinnert an die Diskussion zur Modulbeschreibung „*Paradigmen und Kontroversen der politischen Ökonomie*“

Frau Drobbe trägt im Namen der Kritischen Wirtschaftswissenschaftler*innen eine Stellungnahme dazu vor. Der Wunsch ist den Namen „*Denkschulen und Kontroversen der politischen Ökonomie*“, bei zu behalten, weil dieser Titel den Inhalt des Kurses widerspiegelt. Namensänderungen würden zudem zu Verwirrung unterhalb der Studierenden führen. Auch Erstsemester Studierende können sich unter dem Begriff „Denkschulen“ mehr vorstellen und haben keine Berührungspunkte mit dem Kurs. Unter den Professor*innen ist der Titel „Denkschulen“ auf erheblichen Widerstand getroffen. Der Name sei so offen wie möglich zu gestalten. Denkschulen richten sich laut Professor Bester an eine bestimmte Person.

Das stimmt nicht mit dem Anspruch der Professor*innen überein. Ein Kompromissvorschlag „Paradigmen und Kontroversen ökonomischer Theorien“ wird angenommen.

Herr Mateyka stellt die Idee vor eine gemeinsame Kommission mit den Sozialwissenschaften einzurichten. Herr Kleinaltenkamp jedoch erklärt, dass administrativ und rechtlich diese Möglichkeit nur schwer zu machen ist.

Top 3: Stellungnahme der ABK zur Studienreform

Abstimmung: 8:0:0

Die Studienreform in der vorliegenden Fassung wird einstimmig angenommen.